

Der „Note Solbat“ versucht diese lächerliche Behauptung damit zu begründen, daß in den Tagen, da sich die Sozialdemokratie der bewaffneten Macht im Staate bemächtigte, die Gegenwehr der Bourgeoisie zerbrochen und damit der Weg zum Sozialismus frei gelegt war, die Sozialdemokratie zu feig war, den Weg zum Sozialismus zu beschreiten und damit die Arbeiter verraten hat. Die Bourgeoisie war ohnmächtig“, schreibt der „Note Solbat“, „und sah der Zukunft resigniert entgegen. Das Proletariat empfand sich in demselben Maße als Sieger, wie es die Bourgeoisie, wenn auch durch auswärtige Feinde und nicht durch eigenen Kampf, vernichtet sah. Trotz seiner elenden Lage bereitete es sich vor, den Marsch anzutreten, der zum Sozialismus, zum Ziele eines mehr als siebenjährigen Kampfes führen mußte. Der Arbeiter hatte das Gewehr in seinen Händen, wer konnte ihn hindern, sich seine Freiheit zu erkämpfen, die Fesseln jahrhundertelanger kapitalistischer Knechtschaft abzuschütteln?“

Die Wahrheit ist, daß mit der Besitzergreifung der bewaffneten Macht durch das Proletariat der Weg zur Rätediktatur freigelegt wurde. Dieser Weg steht der Arbeiterklasse noch immer offen. Die Arbeiterklasse vermag auch heute und zu jeder Stunde die Rätediktatur zu proklamieren.

Aber die Rätediktatur ist nicht Sozialismus,

sondern nur ein unter gewissen geschichtlichen Bedingungen möglicher Weg zum Sozialismus, wie manch anderer Weg zu ihm. Die Arbeiterklasse Deutschösterreichs hatte sich nicht entschlossen, alle Macht an sich zu reißen und die Rätediktatur zu errichten, weil sie sich der Machtverhältnisse im Staate, die ihr widerstreiten, klar bewußt ist. Die Erkenntnis, daß die durch das Proletariat an sich gerissene ganze Macht im Staate vom Proletariat nicht hätte behauptet werden können, die Erkenntnis, daß die Aufrichtung der Rätediktatur den verzweifeltsten Bürgerkrieg im Lande und mit der Entente entzweien und

zur Ersäufung der Revolution im Blute des Proletariats

hätte führen müssen, diese Erkenntnis und nichts anderes war und ist es, was die Arbeiter bisher gehindert hat und hindert, diesen Weg zu beschreiten. Es ist deshalb eine zweite demagogische Verdächtigung, deren sich die Kommunisten schuldig machen, wenn sie erklären, daß es die sozialdemokratische Partei gewesen ist, die, um ihren Führern „beröhmliche Signaturen zu retten“, verhindert hat, den Befreiungskampf in den von den Kommunisten gewünschten Bahnen zu führen. Es ist

eine Phrase der Leichtfertigkeit und Kindlichkeit,

zu behaupten, daß die Sozialdemokratie „statt lähn vorwärts zu schreiten, das Proletariat mit allen Kräften zurückgehalten hat“. Die furchtbare Notlage der Welt, die eiserne Tatsache der Machtverhältnisse im Inland und im Ausland waren es, die die „dem Vorwärtsschreiten“ der Arbeiterklasse Schaden setzten.

Ebenso unerhört ist die lägenhafte Behauptung, daß das „Parteiobzementum“ die „Empörung der Soldaten“ bei der Einbringung des Wehrgesetzes damit beschwichtigt hatte, indem es „geheimnisvoll versicherte, man werde zu „anderen Mitteln“ schreiten, wenn die Nationalversammlung nicht eine sozialdemokratische Mehrheit brächte“.

Die Wahrheit ist, daß in der Arbeiterklasse die Ueberzeugung — heute und seit den ersten Revolutionstagen — lebendig ist, daß das Proletariat, wenn sich die Nationalversammlung nicht als ein geeignetes Instrument der Fortführung der Revolution erweise, gezwungen wird, ohne die Nationalversammlung die Revolution fortzuführen. Ebenso unerhört sind die Verdächtigungen, die die Anwerbung von Weissen Garden, den Ueberfall der gegenrevolutionären Offiziere auf die ungarische Gesandtschaft, die Errichtung von Offiziersbataillonen an der ungarischen Grenze, die von Fliegern abgeworfenen Flugzettel, die den Erzherzog Eugen zum Kaiser von Oesterreich „andrufen“, dem Heeresamt zur Last legen. Die Wahrheit ist, daß die sozialdemokratischen Vertrauensmänner im Heeresamt jeder Anwerbung von Weissen Garden entschieden entgegengetreten sind und die schuldigen Personen der gerichtlichen Untersuchung ausgeliefert haben. Wahr ist ferner, daß niemals Offiziersbataillone für die ungarische Grenze formiert wurden. Die Infamie, die sozialistischen Vertrauensmänner für den Ueberfall auf die ungarische Gesandtschaft und für den kindlichen Witz der versuchten Proklamation des Erzherzogs Eugen zum Kaiser von Oesterreich verantwortlich zu machen oder sie mit diesen Dingen in irgend einen Zusammenhang zu bringen, richtet sich selbst. Nicht minder lähn ist die Lüge, daß Kadettenschulen noch immer frische Offiziere ausmustern. Die Kadettenschulen wurden in dem ersten Revolutionsmonat aufgelöst und seit Beginn der Revolution wurden Berufsoffiziere vom Staatsamt für Heerwesen abbehalten nicht ernannt. Ebenso verlogen ist die Behauptung, daß das Staatsamt für Heerwesen die Offiziere „als einen Stand mit besonderer, allen anderen überlegener Ehre anerkennt und ihm das Recht zuerkennet, so bald sie sich beleidigt fühlen, ungestraft zu morden“. Die Wahrheit ist, daß das aus dem Jahre 1852 stammende Gesetz über die Militärrechtspflege, das die gesetzlichen Bestimmungen über das „Ehrennotrecht“ der Offiziere enthält, noch so lange in Geltung bleibt, bis das vom Staatsamt für Heerwesen bereits eingebrachte neue Gesetz über die Militärrechtspflege und über die Ehrennotwehre aufgehoben wird. Ein Gesetz kann eben nur durch ein Gesetz aufgehoben oder geändert werden und diese Entscheidung steht nach der Verfassung nur der Nationalversammlung und nicht einem Staatssekretär zu.

Diese Flut von Lügen, Schmähungen und Verdächtigungen, die die Kommunisten über die Volkswehr ergießen, soll das Vertrauen der Soldaten zu der berufenen Führerin des Proletariats, der sozialdemokratischen Partei, erschüttern. Die sozialdemokratischen Vertrauensmänner der Soldatenschaft haben es bisher als ihre heiligste Pflicht erachtet,

die Einheit der Volkswehr unversehrt zu erhalten.

Sie haben das Recht der Kommunisten, für ihre Ideen zu werben, nicht angefochten, wohl aber verlangt, daß das geschlossene Gefüge der Volkswehr durch den Ideenkampf nicht erschüttert werde. Denn es ist ihnen klar und zutiefst bewußt, daß die Zersplitterung der Volkswehr in einander bekämpfende Fraktionen

zu Konflikten innerhalb der Volkswehr

führen muß, die den Anfang vom Ende der Revolution bedeutet. Die Revolution steht und fällt mit dem proletarischen Besitz der bewaffneten Macht.

Befleißigen sich die Träger der bewaffneten Macht in brudermörderischem Kriege, dann ist, wie das furchtbare Beispiel Deutschlands zeigt, der Sieg der Konterrevolution gesichert. Die Volkswehr ist eben nicht die Waffe der einen oder der anderen Partei innerhalb der Arbeiterklasse, sondern die Waffe des gesamten Proletariats. Die Volkswehr ist aber nur Waffe und nicht mehr. Diese Erkenntnis muß sich in den Gehirnen der Soldaten einhämmern. Die Volkswehr ist nicht dazu berufen, dem Proletariat vorwärts zu stürmen, dem Sozialismus den Weg zu bereiten. Das ist und bleibt die Aufgabe der Arbeiterklasse selbst. Die Volkswehr ist Plankens- und Rückendeckung, wenn nötig, Sturmtruppe des Proletariats gegen alle Anführer der Reaktion, dazu da, um die Errungenschaften des Proletariats

im Machtkampf gegen die anderen Klassen im Staate zu sichern und zu verteidigen. Die Volkswehr darf deshalb auf eigene Faust Politik nicht betreiben. Die Politik der Volkswehr muß organisch aus der Politik des gesamten Proletariats erwachsen. Ueberschreitet die Volkswehr die in ihrer Natur liegenden Grenzen, dann gefährdet sie die Revolution und die Machtposition des Proletariats. Die Arbeiterklasse darf dem Treiben der Kommunisten in der Volkswehr

nicht mehr gleichgültig

gegenübersehen. Wenn ihr die Revolution teuer ist, dann muß sie sich die Unversehrtheit der Volkswehr erhalten. Das Schicksal der Revolution wird entscheidend bestimmt von der Einheit und Geschlossenheit der proletarischen Soldatenfront.

Arbeiter, Soldaten, helfet mit, die Einheit der Volkswehr zu wahren!

Der provisorische Volkzugsausschuß der Soldatenräte der Volkswehr Wiens.

Arbeiterzeitung

3/1

## An alle Arbeiter und Soldaten!

Die Kommunisten haben in der Volkswehr einen Konflikt entzweien, der die schwerste Bedrohung der Revolution darstellt. Der provisorische Volkzugsausschuß der Soldatenräte der Volkswehr Wiens erachtet es als seine Pflicht, die Aufmerksamkeit des gesamten Proletariats auf diese Gefahr zu lenken.

In den Waffenstillstandsbedingungen und in wiederholten Demarchen der Militärmission der Entente wurde die deutschösterreichische Regierung aufgefordert,

den Stand der Volkswehr zu vermindern.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Vertreter der Entente damit den konterrevolutionären Bestrebungen des deutschösterreichischen Bürgertums entgegenkommen. Denn die Volkswehr, die die sicherste Bürgschaft der Revolution darstellt, betrachtet die Konterrevolution als ihren Todfeind, den zu vernichten sie sich mit allen Kräften bemüht. Die sozialdemokratische Leitung stand vor zwei Möglichkeiten: entweder dem Begehren der Entente nach dem Abbau der Volkswehr ein schroffes Nein entgegenzusetzen; dies hätte unbestritten einen Durchbruch der Entente zur Folge. Zu diesem Schritte konnte sich die Arbeiterschaft nicht entschließen, da es ihr bewußt ist, daß der Krieg mit der Entente mit der vollständigen Niederlage Deutschösterreichs, mit dem Zusammenbruch der Revolution und mit

der Aufrichtung der konterrevolutionären Herrschaft besiegelt werden würde. Da also das deutschösterreichische Proletariat den Krieg mit der Entente zu führen nicht stark genug ist, ihn also jetzt nicht will, so war es genötigt, dem Begehren der Entente nach dem Abbau der Volkswehr zu entsprechen, jedoch in einer Weise, daß trotz zahlenmäßiger Verringerung der Volkswehr der revolutionäre Kern unversehrt bleibe; es ist also gezwungen, Teile der Volkswehr zu opfern, um die Volkswehr als Ganzes zu erhalten.

Diese Notlage benützen die Kommunisten zu einem demagogischen Reissetreiben gegen die sozialdemokratische Partei und gegen die sozialdemokratischen Soldatenräte. Sie wagen, trotzdem den Vertrauensmännern der Soldatenschaft Einblick in die gesamten diplomatischen Akten gewährt wurde, die Behauptung, daß die Forderung der Entente von der sozialdemokratischen Heeresleitung nur vorgeschickt wird, um den konterrevolutionären Wünschen des eigenen Bürgertums zu entsprechen. Der „Note Solbat“, das kommunistische Organ des revolutionären Soldatenkomitees, schreibt geradezu, daß die sozialdemokratische Partei ihre Aufgabe darin erblickt habe, „das Proletariat mit allen Kräften zurückzuhalten und die Bourgeoisie aufzurichten und mit ihr in Ruhe und Sicherheit die angenehmen Posten einer bürgerlichen Regierung zu teilen“ und damit „die Gegenrevolution vom sicheren Lode zu erretten“ habe. Diese demagogische Lüge, dieser schändliche Anschlag auf die Ehre der sozialdemokratischen Partei und auf die Ehre der sozialdemokratischen Soldatenräte und Volkzugsausschußmitglieder, womit sie verdächtigt werden, daß sie, um „angenehme Posten in der bürgerlichen Regierung“ willen das Proletariat verraten und die Gegenrevolution gestärkt zu haben, diese schamlosen Verdächtigungen, die uns zumuten, daß wir uns bewußt zu Werkzeugen der Reaktion haben mißbrauchen lassen,

stellen wir vor aller Welt an den Pranger.